Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, **Louis Lösche,** Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk., mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6 gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf. Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 150. **Sonnabend** den 30. Mai 1891. **85. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag, den 31. Mai, Vormittags nur bis ½9 Uhr
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Das 15. Stück des diesjährigen **Reichsgesetzblattes** ist bei uns eingegangen und wird bis zum **22. Juni dss. Js.** auf dem **Rathhaussaale** zur Einsichtnahme **öffentlich** aushängen.

Dasselbe enthält:
Nr. 1950. Gesetz, betreffend die Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs. Vom 13. Mai 1891.
Nr. 1951. Gesetz, betreffend die Prüfung der Läufe und Verschlüsse der Handfeuerwaffen. Vom 19. Mai 1891.
Nr. 1952. Bekanntmachung, betreffend die Zutheilung der Insel Helgoland zu dem 5. Wahlkreise der preußischen Provinz Schleswig-Holstein. Vom 16. Mai 1891.

Leipzig, den 25. Mai 1891.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung, das Auf- und Abladen entlang der Markthalle betr.

Nach §. 14 der Marktordnung vom 22. April d. J. ist es gestattet, daß unter gewissen Beschränkungen in die Markthalle eingefahren und dort zum Zwecke des Auf- oder Abladens gehalten werden darf.

Daneben ist es jedoch in gleicher Weise gestattet, das Auf- und Abladen **von den beiden an die Halle angrenzenden Fahrstraßen, der Markthallen- und der Brüderstraße aus, zu bewirken, ja es empfiehlt sich diese Art, Waaren an- oder abzufahren, ganz besonders dann, wenn dadurch der Transport vom Wagen bis zum Bestimmungsort in der Halle verkürzt und erleichtert wird.**

Wagen, welche zum Zweck des Auf- oder Abladens an der Markthalle in einer der genannten Straßen auffahren, haben dicht an der Kante des Fußsteigs in der Weise zu halten, daß die Deichseln in der Brüderstraße nach dem Königsplatz, in der Markthallenstraße nach dem Roßplatz zu gerichtet sind, daß ferner die einzelnen Wagen möglichst nahe an einander gerückt und daß endlich hierbei, zur Erzielung größeren Platzes, die Deichseln (sammt Pferden) etwas seitlich nach der Mitte der Straße zu gerichtet werden.

Wir erwarten, daß diesen Anordnungen von den Auffahrenden im Interesse des Verkehrs, sowie im eignen Interesse, allenthalben nachgekommen werden wird.

Leipzig, den 28. Mai 1891.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gröschel.

Bekanntmachung.

Der Aushang der standesamtlichen Aufgebote erfolgt vom 31. l. M. ab nicht mehr auf dem Rathhaussaale, sondern im Durchgang des alten Polizeigebäudes, Reichsmarkt Nr. 2.

Leipzig, am 27. Mai 1891.
Ib 2280/717 **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Gröschel.

Bekanntmachung.

Die
Firma **Dr. A. Gude & Co.,**
vertreten durch deren Inhaber, die Herren
Dr. August Hermann Gude
in Leipzig-Reudnitz
und
Dr. Bruno Bernhardi
in Staßfurt,
beabsichtigt, in dem linken Seitengebäude des dem Herrn **J. Bernhardi** in Leipzig gehörigen, an der **Constantinstraße** Nr. 5 in Leipzig-Reudnitz gelegenen Fabrikgrundstücks (Nr. 111, Abth. B des Brandcatasters, Nr. 616 des Flurbuchs und Nr. 497 des Grund- und Hypothekenbuchs) eine Fabrik zur Herstellung chemisch-pharmaceutischer Präparate einzurichten.

Wir bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen bei uns anzubringen.

Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erledigung derselben die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung zu verweisen.

Leipzig, den 27. Mai 1891.
Der Rath der Stadt Leipzig.
VI. 1112. Dr. Georgi. Kossell.

Bekanntmachung.

Die
Firma **B. Wagler & Söhne,**
vertreten durch deren Inhaber, die Herren
Carl Louis Dittmar und
Georg August Julius Wagler
in Leipzig,
beabsichtigt, auf dem ihr gehörigen, an der Lutherstraße Nr. 6 in Leipzig-Reudnitz gelegenen Grundstücke (Nr. 1144 Abth. B des Brandkatasters, Nr. 636b des Flurbuchs und Fol. 787 des Grund- und Hypothekenbuchs) ein Bleiwalzwerk nebst Bleiröhrpresserei zu errichten.

Wir bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen bei uns anzubringen.

Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erledigung derselben die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung zu verweisen.

Leipzig, am 27. Mai 1891.
Der Rath der Stadt Leipzig.
VI. 1099. Dr. Georgi. Kossell.

Kram-, Roß- und Viehmarkt zu Liebertwolkwitz

Mittwoch, den 3. Juni 1891.
Abgaben werden nicht erhoben.
Der Gemeinderath.
Dyck.

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der Stadtwasserkunst vom 6. Februar 1888 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner
Herr **Emil Eberling,**
Pfaffendorfer Straße Nr. 14,
zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 28. Mai 1891.
Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 3318. Dr. Georgi. Wolfram.

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der Stadtwasserkunst vom 6. Februar 1888 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner
Herr **Richard Göll,**
Leipzig-Anger-Crottendorf, Wurzener Straße Nr. 7,
zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 28. Mai 1891.
Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 3320. Dr. Georgi. Wolfram.

In Gemäßheit der §§. 2 und 7 des Regulativs für Gasrohrleitungen und Gasbeleuchtungsanlagen in Privatgrundstücken vom 2. März 1863 machen wir hierdurch bekannt, daß der Schlosser
Herr **Friedrich Eduard Reichmann,**
Leipzig-Eutritzsch, Lange Straße Nr. 2,
zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 28. Mai 1891.
Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 3246. Dr. Georgi. Wolfram.

Stockholzauction.

Mittwoch, den **10. Juni** d. Js., sollen von **Nachmittags** 2½ Uhr an im Forstreviere **Connewitz** auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 6f und 6a, dem sogen. **Apitzsch,**
ca. 600 Haufen hartes, klein gemachtes Stockholz
unter den im Termin aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage im Apitzsch an der hohen Brücke bei **Connewitz** und den Wegen nach der Waldschänke.

Leipzig, am 28. Mai 1891.
Des Raths Forstdeputation.

Versammlung des ärztlichen Bezirksvereins Leipzig-Stadt.

Donnerstag, den 4. Juni 1891, Abends 6 Uhr, im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung: Eingänge.
Wahl zweier Deputirten zum diesjährigen deutschen Aerztetage in Weimar.
Bericht der Commission, welche vom Verein beauftragt war, sich über die an den Verhandlungen des Aerztetags über die Organisation des medicinischen Unterrichts aufgestellten Sätze auszusprechen.

Dr. med. **Henriel.**

Königl. Kunstakademie und Kunstgewerbeschule in Leipzig.

Sonntag, den 31. Mai d. J., Vorm. ½12 Uhr findet in der Aula des neuen Anstaltsgebäudes, Wächterstraße 11, eine Prämienvertheilung an Schüler statt. Eingeleitet wird die Feier mit einem kurzen Vortrage über das Leben Meissoniers und seine Werke, welche in einer französischen Ausgabe in Heliogravuren ausliegen.

Zugleich ist eine Ausstellung der durch Herrn Prof. Haselberger wieder hergestellten Dürer'schen Fensterbilder aus der Landauer Capelle in Nürnberg von 1508 veranstaltet.

Ferner sind aus der Glasmalereiabtheilung folgende unter Betheiligung von Schülern gefertigte Arbeiten ausgestellt: 1) eine getreue Nachbildung der Dürer'schen Fensterbilder, 2) Vierpassbilder, Scenen aus dem deutschen Ritter- und Minneleben nach Zeichnungen von Wohlgemuth und 3) das Wappen des deutschen Reiches und der 7 Wahlfürsten aus dem 16. Jahrhundert.

Im Namen des Lehrercollegiums beehrt sich hierzu ergebenst einzuladen

Leipzig, den 28. Mai 1891.
Der Director: Dr. Ludw. Nieper.

Freiwillige Versteigerung.

Die im Grundbuche auf den Namen Frauen **Agnes** verehel. Jänichen geb. Graneß, Frauen Antonie verehel. Gergelius verw. gewes. Wirth geb. Graneß, Frauen Adelhaid verehel. Süchtinger verw. gewes. Apitzsch geb. Graneß, Herrn Bäcker Robert Graneß, Herrn Oscar Graneß und der unmündigen Geschwister Günther, als Margarethe, Friede und Anna eingetragenen, in Leipzig-Neureudnitz gelegenen Grundstücke, als:

a. das an der Reitzenhainer Straße Nr. 49 gelegene Grundstück, bebaut mit einem Herbergsgebäude, zwei rechten Seitengebäuden, einem linken Seitengebäude und einem Wetterdach, Nr. 14 des Flurbuchs und Folium 10 des Grundbuchs für Leipzig-Neureudnitz,
b. das daran stoßende Feldgrundstück Nr. 15 des Flurbuchs und Folium 11 des Grundbuchs für Leipzig-Neureudnitz,

zusammen auf 53 200 ℳ geschätzt, sollen an hiesiger Amtsgerichtsstelle Zimmer 206
den 27. Juni 1891 Vormittags 11 Uhr
zusammen freiwilliger Weise versteigert werden.

Die Versteigerungsbedingungen, sowie die Beschreibung der Grundstücke und die sonstigen Unterlagen liegen in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts zur Einsicht aus.

Leipzig, am 19. Mai 1891.
Königliches Amtsgericht, Abtheilung II.
Steinberger.

Bekanntmachung.

Nächsten Sonntag, als am 31. d. M., liegen **Vormittags 11 Uhr** bis **Nachmittags 4 Uhr** im Schulzimmer Nr. 17 der XVI. Bezirksschule allhier die Originalpläne unserer **Kirche** zur Besichtigung aus. — Alle lieben Glieder unserer **Kirchgemeinde** werden hierzu freundlichst eingeladen.

Leipzig-Volkmarsdorf, den 28. Mai 1891.
Der Kirchenvorstand.

Kirchen-Neubau Leipzig-Volkmarsdorf.

Submission für Erd- und Maurerarbeiten.

Die Ausführung von Erd- und Maurerarbeiten soll vergeben werden. Anschläge hierzu sind bei Herrn Architekt Julius Zeißig, Leipzig, Mozartstraße 5, gegen Erstattung von 2 ℳ zu entnehmen. Daselbst sind auch die Bedingungen und Zeichnungen in den Stunden von 2—4 Uhr Nachmittags einzusehen.

Die Angebote sind bis **Montag, den 8. Juni, Mittag 12 Uhr** bei genanntem Herrn Architekten einzureichen.

Der Unterzeichnete behält sich die Auswahl unter den Anschlag einreichenden Unternehmern, sowie das Recht vor, die Angebote event. abzulehnen.

Leipzig-Volkmarsdorf, den 28. Mai 1891.
Der Kirchenvorstand.

Bekanntmachung.

Nachstehend wird die Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern vom 14. dieses Monats, **die Revision der Wahllisten für die Landtagswahlen betreffend,** zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Leipzig, am 27. Mai 1891.
Der Rath der Stadt Leipzig.
If. 43. Dr. Georgi. Clauß.

Mit Rücksicht auf die im Laufe dieses Jahres vorzunehmenden Ergänzungswahlen für die II. Kammer der Ständeversammlung werden alle nach §. 23 des Wahlgesetzes vom 3. December 1868 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 1369) mit Führung der Listen der Stimmberechtigten beauftragten Organe hierdurch besonders darauf hingewiesen, daß diese Listen im Monat Juni dieses Jahres einer Revision zu unterwerfen sind und sofort am Anfange genannten Monats die in §. 11 der Ausführungsverordnung zu dem erwähnten Wahlgesetze, vom 4. December 1868 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 1378), vorgeschriebene Bekanntmachung zu erlassen ist.

Hierbei wird zu Vermeidung irriger Auffassungen, welche bei früheren Wahlen zu Tage getreten sind, noch darauf aufmerksam gemacht, daß zu Begründung der Stimmberechtigung für die Wahlen zur II. Kammer der Ständeversammlung nach §. 18 Absatz 1 sub b des obenerwähnten Wahlgesetzes die Abentrichtung eines Beitrags von mindestens 3 ℳ an Grundsteuer oder an Einkommensteuer, oder an beiden zusammen, erforderlich ist, der Betrag von 3 ℳ aber schon genügt und nicht überschritten zu sein braucht.

Gegenwärtige Verordnung ist in allen Amtsblättern zum Abdruck zu bringen.

Dresden, am 14. Mai 1891.
Ministerium des Innern.
v. Metzsch. Paulig.

Kirschen-Verpachtung.

Die diesjährige Nutzung der **Röderauer** Kirschenplantage (ungefähr 1300 Stück tragende Bäume vorzüglicher Sorten) soll
Montag, den 1. Juni dss. Js., Vormittag 11 Uhr,
im „Waldschlößchen" zu Röderau, unter den zuvor bekannt zu gebenden Bedingungen, meistbietend verpachtet werden.

Auswärtigen Bietern ist nachgelassen, ihre Gebote auch schriftlich beim unterzeichneten Bureau einzureichen, diese Gebote müssen jedoch spätestens Vormittag 8 Uhr genannten Tages an Bureaustelle eingehen.

Riesa, am 28. Mai 1891.
Königliches Abtheilungs-Ingenieur-Bureau.

Der unter dem 28. Januar 1891 gegen den Müllergesellen **Alwin Max Georg Kögel,** geboren am 26. December 1865 zu Breslau, zuletzt bis Mitte November 1890 in Zorbau wohnhaft, erlassene Steckbrief wird hiermit erneuert.

[illegible], den 22. Mai 1891.
Königliches Amtsgericht.

Die Czechen und Graf Taaffe.

Graf Taaffe hat in der letzten Sitzung des Budgetausschusses des österreichischen Abgeordnetenhauses erklärt, daß er zwar am Ausgleich festhalte, aber die Einführung der czechischen Amtssprache aus Gründen der Einheit der Verwaltung ablehnen müsse. Das war die Antwort auf die Beschwerde des Jungczechen Herold, daß in dem Streben nach Gewährung der Autonomie an die Czechen ein Stillstand eingetreten sei. Aus dieser Antwort ist zu ersehen, daß die Lage heute ganz verändert ist, welche beim Amtsantritt des Ministeriums Taaffe bestand. Damals war die Brust der Czechen von frohen Hoffnungen geschwellt, die Aufrichtung des Königreichs Böhmen erschien nur als eine Frage der Zeit, grundsätzlich war sie nach der Meinung der Czechen bereits zu ihren Gunsten entschieden. Heute besteht endlich nach langer Ungewißheit volle Klarheit darüber, daß der Wiener Ausgleich die Grenze der czechischen Ansprüche zieht, daß darüber hinaus nichts gewährt werden kann und wird.

Der Gegensatz zwischen sonst und jetzt ist groß, denn es ist bekannt, daß Rieger, der Führer der Altczechen, noch bis zum letzten Augenblick an der Forderung der inneren czechischen Amtssprache festhält, obwohl er die Grundzüge des Ausgleichsplanes angenommen hatte. Der Traum des Königreiches Böhmen, in welchem die Czechen dieselbe Rolle zu spielen gedachten, wie die Magyaren in Ungarn, ist damit zerronnen, Böhmen bleibt eine österreichische Provinz mit deutscher Amtssprache und österreichischer Verwaltung, die böhmische Autonomie ist zum Nebelbild geworden, das niemals feste Gestalt gewinnen kann. Die Czechen hatten aber die Sache auch gar zu grob angefangen. Sie waren nicht damit zufrieden, mit Hilfe einer ihren Wünschen geneigten Regierung, Prag in eine czechische Stadt verwandelt und in ganz Böhmen sehr erhebliche Anfänge der Czechisirung des Landes erzielt zu haben, sie wollten nach Belieben schalten und walten, Oesterreich womöglich dem russischen Einflusse unterwerfen, die Deutsch-Oesterreicher in eine unwürdige Stellung hinabdrängen, czechische Amts- und Armeesprache haben und gegen das Bündniß mit Deutschland Arm in Arm mit Russen und Franzosen intriguiren. Die Beweise dafür, daß solche Absichten wirklich vorwalteten, lassen sich massenweise beibringen, von der Majorisirung der Prager Stadtverwaltung durch die Czechen, von der Mißhandlung der deutschen Turner in Trautenau bis zur Ausweisung der Deutschen aus der böhmischen Landesausstellung und dem Empfange der französischen Studenten in Prag.

So schreiender Thatsachen bedurfte es, damit Graf Taaffe endlich zu der Ueberzeugung von der Unausführbarkeit und Verderblichkeit seiner Versöhnungspolitik gelangte. Jetzt ist der Beweis geführt und der Regierung zum Bewußtsein gekommen, daß die seit zwölf Jahren befolgte Ausgleichspolitik ein politischer Irrthum und deshalb ein Fehler war. Das Eingehen auf die Wünsche der in Oesterreich lebenden slawischen Völker nach politischer Autonomie, also nach einer die einheitliche Verwaltung auflösenden Sonderstellung konnte nur zur Auflösung des österreichischen Gesammtstaates führen, darüber hat auf deutsch-österreichischer Seite niemals ein Zweifel bestanden. Und wie die Deutsch-Oesterreicher dachten und fühlten, so ihre Stammesgenossen in Deutschland, der Trost beider bestand darin, daß die Bedürfnisse des Gesammtstaates und das Bündniß zwischen Deutschland und Oesterreich schließlich die Wege vorzeichnen mußten, welche früher oder später zu betreten waren, wenn nicht eine allgemeine Verwirrung hereinbrechen sollte.

Welche Mühe haben die Reichskriegsminister in der jetzt ihrem Abschluß zueilenden Periode gehabt, um die Armeesprache gegen den Ansturm der Czechen zu schützen! Es kam zu Tage, daß der Ersatz der Reserve- und Landwehr-Officiere durch die Unkenntniß der deutschen Sprache unmöglich wurde. Die Ursache waren die czechischen Trennungsbestrebungen, Graf Taaffe zeigte dafür aber kein Verständniß, sondern war der Meinung, daß die Ausgleichspolitik trotzdem zum Siege geführt werden könne.

Allmälig wurde es sogar den Altczechen klar, daß die Herstellung des Trialismus an den Grundbedingungen für die Aufrechthaltung des österreichischen Gesammtstaates scheitern müsse, die Unzufriedenheit in deutsch-österreichischen Kreisen wurde immer stärker und die Nachtheile der czechischen Agitation machten sich immer lauter geltend, so daß auf altczechischer Seite endlich der Versuch mit dem Ausgleich gemacht wurde. Dieser Versuch führte zur Entstehung der jungczechischen Partei und damit zu dem Extrem, mit welchem sich Vereinbarungen nicht mehr treffen ließen. Darin lag zugleich die Rettung, die immer dann einzutreten pflegt, wenn Mißstände den Höhepunct erreicht haben und dadurch der Mehrheit verständlich geworden sind. Die Taaffe'sche Ausgleichspolitik konnte erst dann einen Rückschlag erfahren, wenn sogar in czechischen Kreisen ihre Unausführbarkeit erkannt worden war. Das ist durch die Erfahrungen der letzten Jahre erzielt worden, und von da ab konnte erst die Rückwirkung kraftvoll zur Erscheinung treten. Jetzt sind dem Grafen Taaffe die Schuppen von den Augen gefallen, er sieht ein, daß er zu weit gegangen war, er bekennt selbst, daß eine Grenzlinie gezogen werden muß: die Einführung der czechischen Amtssprache ist für alle Zeit unmöglich, weil andernfalls die Centralverwaltung des Reiches nicht aufrecht erhalten werden kann.

Das ist ein wichtiges Bekenntniß, aber eigentlich ist damit das Ministerium Taaffe unhaltbar geworden, es kann doch nicht plötzlich in entgegengesetzte Bahnen einlenken und müßte doch wohl einem Nachfolger weichen. Die Folgen der Erklärung des Ministerpräsidenten im Budgetausschusse lassen sich noch nicht übersehen, jedenfalls hat er mit seiner Erklärung die Politik, welche er seit zwölf Jahren leitete, so streng wie möglich verurtheilt, er hat eingestanden, daß er einen lange Zeit hartnäckig verfolgten Irrthum als solchen erkannt hat, und hat sich damit zugleich selbst den Boden unter den Füßen entzogen.

Sein Amtsgenosse Dunajewski hat das Feld früher geräumt, er merkte, daß die Zeit der Ausgleichspolitik vorüber sei, und daß selbst unzweifelhafte Erfolge nicht im Stande wären, den Irrthum auszugleichen, welcher in der Meinung lag, daß Oesterreich ohne die Deutsch-Oesterreicher regiert werden könne. Aber war denn nicht der Standpunct des Grafen Taaffe von vornherein derselbe? Seine Politik wurde von Anfang an slawisch genannt, im Gegensatz zu der vor ihm geltenden deutschen Politik. So war sein Programm aber nicht gemeint, er wollte nur den Slawen die Gleichberechtigung mit den Deutschen einräumen. Das war Theorie, die Praxis sagte aber: Entweder deutsches oder slawisches Regiment, ein drittes giebts nicht. Und die Praxis hat Recht behalten, denn sie hat gezeigt, daß die Czechen weder Maß noch Ziel kennen, daß sie von einem einheitlich organisirten österreichischen Staatswesen nichts wissen wollen, sondern daß es ihnen nur um die Wiederherstellung des Wenzelreiches zu thun ist. Der Kaiser Oesterreichs als König von Böhmen ist ihnen genehm, er soll nur die Bestimmung haben, ihnen als Aushängeschild zu dienen, unter dessen Schutz sie ihre Sonderbestrebungen betreiben wollen. Ob der Kaiser von Oesterreich der Verbündete des deutschen Kaisers ist, kümmert sie nicht, sie stehen als Czechen auf Seiten Frankreichs; ob Oesterreich auf der Balkanhalbinsel Interessen wahrzunehmen hat, welche mit denen Rußlands im Widerspruch stehen, ist ihnen gleichgiltig. Die Russen sind Slawen, folglich sind sie die Stammesgenossen der Czechen, und diese müssen ihre Stammverwandten mit brüderlicher Liebe willkommen heißen. Das nennen die Czechen Politik! Graf Taaffe hätte dem gegenüber die bessere Einsicht vertreten müssen.

Leipzig, 30. Mai.

* Der **Kaiser** und die **Kaiserin** gedenken am 4. Juli im Schlosse zu Windsor einzutreffen und, wie bereits gemeldet, am 6. Juli der Trauung des Prinzen Aribert von Anhalt und der Prinzessin Louise von Schleswig-Holstein beizuwohnen. Wie die Londoner „Allg. Corr." mittheilt, wird die Kaiserin wahrscheinlich nach Beendigung ihres Besuches in London nicht direct nach Deutschland zurückkehren, sondern sich während der Nordlandreise des Kaisers mit den jungen Prinzen nach der Isle of Wight begeben. Die Kaiserin werde während ihres Aufenthalts nicht ständig Gast der Königin sein, sondern in einem Hotel Wohnung nehmen.

* Immer bestimmter tritt das Gerücht auf, daß der **preußische Ministerrath** zusammentreten werde, um über die Herabsetzung der **Getreidezölle** zu berathen. Thatsächlich haben im Schooß der Regierung schon Erwägungen stattgefunden, welche spätestens nach der Rückkehr des Kaisers festere Gestalt annehmen werden. Infolge dessen sind auch die Vorerhebungen zur Reichstagsberufung noch nicht abgeschlossen.

* Die **Reichstagswahl in Cassel**, welche infolge der Ernennung des Abg. v. Weyrauch zum Unterstaatssecretair im Cultusministerium nothwendig geworden ist, wird eine ungewöhnliche Bedeutung erlangen. „Das Mandat dieses Wahlkreises", so führt die Nationalliberale Correspondenz aus, „war von 1867 bis zu einer Ersatzwahl im Jahre 1880 in nationalliberalen Händen; alsdann ging es an die Fortschrittspartei über, die es indeß 1884 wieder einbüßte. Damals kam es zur Stichwahl zwischen einem Socialdemokraten und einem Conservativen, die durch die Nationalliberalen zu Gunsten des letzteren entschieden wurde. Seitdem ist das Mandat im Besitze der conservativen Partei; die Nationalliberalen haben infolge des Cartels sowohl 1887 wie 1890 eine eigene Candidatur nicht aufgestellt. Wenn sie diese Enthaltsamkeit jetzt nicht mehr fortsetzen wollen, so liegt der Grund dafür in der Thatsache, daß die hessischen Conservativen zum größten Theile in das antisemitische Lager abgeschwenkt sind. Die Stimmen, welche am 20. Februar v. J. auf Herrn v. Weyrauch gefallen sind, gehörten zum allergrößten Theile der nationalliberalen Partei an. Auf diese Weise kam der conservative Candidat mit dem Socialdemokraten in die Stichwahl, die dann durch die Antisemiten für ihn entschieden wurde. Diesmal kann den Nationalliberalen die Bethätigung der gleichen Selbstlosigkeit um so weniger zugemuthet werden, als im vorigen Jahre der benachbarte Wahlkreis Hofgeismar-Rinteln, der seit dem

SLUB Wir führen Wissen.